

DARIUSZ ADAMCZYK / STEPHAN LEHNSTAEDT

KRISEN OHNE ENDE?

EUROPAS WIRTSCHAFT IM WANDEL DER JAHRHUNDERTE

Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst der Krise. Was ist eigentlich damit gemeint? Ist es eine strukturelle Banken-, Euro- oder Weltwirtschaftskrise; oder doch „nur“ ein konjunktureller Rückgang, eine Rezession also? Ernteausfälle, Verschiebungen von Handelsrouten und monetäre Einbrüche, Staatsbankrotte, Kriege oder Spekulationsblasen: Sie alle hatten ihre jeweils spezifischen wirtschaftlichen, aber auch politischen, gesellschaftlichen, demografischen und ökologischen Ursachen, die auf das Leben von Menschen einwirkten und zu bemerkenswerten Rückkopplungsprozessen führten.

Die Frage nach strukturellen Umbrüchen in Folge derartiger Krisen zu stellen, heißt zunächst, Reaktionsmuster zu kategorisieren. Aus der Perspektive der Herrschenden gibt es nur zwei Haupttypen, die sich grundsätzlich als mehr oder weniger Staatlichkeit – also beispielsweise stärkere Institutionen versus liberalere Märkte – zusammenfassen lassen: Es geht letztlich darum, ob prosperierendes Zusammenleben einen festen Rahmen erfordert oder nicht. Die Antworten auf die Herausforderungen sind dabei komplex und zudem stark kontextabhängig.¹ Nicht nur die jeweilige Epoche ist von Relevanz, sondern auch das Verständnis von Volkswirtschaft sowie ganz besonders die Auslöser der Krise: Politische Ursachen wie etwa Kriege, aber auch Seuchen oder Missernten unterschieden sich erheblich von zyklischen Entwicklungen;² gerade letztere nahmen aber in

¹ Zur Komplexität der Krisen zuletzt als Überblick: WERNER PLUMPE, Wirtschaftskrisen. Geschichte und Gegenwart, München³2012, S. 8 f.

² Hierzu der Klassiker der ökonomischen Literatur: JOSEPH SCHUMPETER, Konjunkturzyklen. Eine theoretische, historische und statistische Analyse des kapitalistischen Prozesses, Göttingen 2008 (zuerst engl. 1939); siehe auch: RAINER METZ, Trend, Zyklus und Zufall. Bestimmungsgründe und Verlaufsformen langfristiger Wachstumsschwankungen, Stuttgart 2002.

den vergangenen 150 Jahren eine immer größere Rolle ein, wobei sich die Auswirkungen in einer globalen Wirtschaft kaum mehr lokal oder regional begrenzen lassen, wie nicht zuletzt der Zusammenbruch des Monopolsozialismus 1989 zeigt.

Diese Perspektive ist allerdings ausschließlich „von oben“ gedacht. Der vorliegende Band jedoch möchte dazu anregen, die Rolle der Ökonomie auch außerhalb von Politik und wirtschaftlichem Handeln zu berücksichtigen, Individuen und ihre Logik stärker zu bedenken, kulturelle Auswirkungen in den Blick zu nehmen und beispielsweise semantische Praktiken zu beleuchten. All diese Sichtweisen sind exemplarisch in den folgenden Studien vorhanden und zeigen multiperspektivische Zugänge zu Krisen, wobei es hauptsächlich um deren Folgen, viel weniger hingegen um Ursachen geht. In diesem Sinne wird hier auch nicht gewissermaßen klassische Wirtschaftsgeschichte geschrieben. Stattdessen versammelt das Buch Beiträge mit bewusst offenen methodischen Herangehensweisen von der Kultur- über Politik- bis hin zur Sozialgeschichte, mit denen jeweils strukturelle Umbrüche erklärt werden,³ ohne dabei gezielt Archetypen herausarbeiten zu wollen oder zu können. Jenseits von gewissen Mustern, die vor allem als Anregung für künftige vergleichende Untersuchungen zu sehen sind, ist dergleichen mit einem zehn Jahrhunderte überspannenden Ansatz auch kaum möglich. Insofern bietet der Band ein Panorama verschiedenster Reaktionen auf Krisen, aber keine (Patent-) Rezepte zu deren Bewältigung.

Gerade wegen dieses weiten Horizonts ist die Definition von „Krise“ mit Jörn Rüsen weit gefasst als „herausfordernde Unterscheidung unterschiedlicher Zeiten im Vorgang einer Veränderung menschlicher Lebensumstände“,⁴ wobei auf die Unterscheidung veränderter *wirtschaftlicher* Umstände abgestellt wird. Es kommen insbesondere solche Krisen in den Blick, die tatsächlich eine Verschiebung oder sogar Zerstörung bisheriger Deutungs- und Reaktionsmuster nach sich zogen.⁵ Demgegenüber bleiben zyklische Wirtschaftskrisen, auf die in den meisten Fällen mit etablierten Schemata reagiert werden konnte, weitgehend außen vor. Allerdings

³ Impulse zuletzt in: Krisengeschichte(n). „Krise“ als Leitbegriff und Erzählmuster in kulturwissenschaftlicher Perspektive, hg. v. CLARA MEYER u. a., Stuttgart 2013; Krisen Verstehen. Historische und kulturwissenschaftliche Annäherungen, hg. v. THOMAS MERGEL, Frankfurt a. M. / New York 2012.

⁴ JÖRN RÜSEN, Historik. Theorie der Geschichtswissenschaft, Köln u. a. 2013, S. 50. Hervorhebung im Original.

⁵ Zu diesen Krisentypen – ohne explizit wirtschaftlichen Bezug: ebd., S. 50 f.

haben die weltweiten Verflechtungen im 20. und 21. Jahrhundert dazu geführt, dass globale ökonomische Rücksetzer an verschiedenen Orten ganz unterschiedliche Auswirkungen haben können: Man denke nur an das Jahr 2009 in Deutschland, Zypern oder Irland, das in letzteren beiden Ländern durchaus einschneidende Neuausrichtungen verlangte.⁶ Gerade in dieser Hinsicht sind „etablierte Schemata“ relativ zu sehen.

Krisen des modernen Kapitalismus

In Deutschland habe es solche Muster aber durchaus gegeben, argumentiert Werner Plumpe in seinem Beitrag. Er vertritt die These, dass sich die Wirtschaft seit der ersten Industrialisierung an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert – zumindest in den ökonomischen Vorreiterregionen Europas – in sogenannten langen Wellen von Auf- und Abschwüngen bewegte, die durch technisch-ökonomische Neuerungen bestimmt und nach einem Zyklus von etwa 50 bis 60 Jahren durch neue Basisinnovationen abgelöst wurden. Im 19. Jahrhundert hatte die politische Klasse der westlichen Staaten die Erkenntnis verinnerlicht, dass derartige Schwankungen gewissermaßen normal sind – damals beeinflussten ökonomische Krisen die Stabilität der politischen Systeme nur mittelbar. Dies änderte sich jedoch mit dem Ersten Weltkrieg, als Politiker begannen, durch zielgerichtetes Handeln die Folgen konjunktureller Zyklen abschwächen und die Krisenfaktoren mildern zu wollen. Das Urteil Plumpes über die aktuellen Eingriffsversuche fällt vernichtend aus: Die selbst verschuldete Abhängigkeit der Politik von den Märkten sei der Kern der aktuellen politischen Handlungsfähigkeit. Diese resultiere zuvorderst aus der Illusion, durch gezielte wirtschaftspolitische Maßnahmen gerade Handlungsfähigkeit sichern zu können. In diesem Sinne stelle die strukturelle Selbstüberforderung der Politik eine größere Bedrohung für die Demokratie dar als eine Ökonomie, die sich allein im Rahmen normaler Verlaufsmuster entwickelt.

Plumpes Beitrag reflektiert den Begriff „Krise“ im 19. und 20. Jahrhundert ausschließlich durch die Optik der modernen Wirtschaft innenwohnenden konjunkturellen Rhythmen und illustriert insofern eine Ausgangsüberlegung, die ansonsten den Band aber gerade nicht dominiert.

⁶ Die schnelle Reaktion der Wirtschaftswissenschaften zeigen exemplarisch: PAUL R. KRUGMAN, Die neue Weltwirtschaftskrise, Frankfurt a. M. 2009; HANS-WERNER SINN, Kasino-Kapitalismus. Wie es zur Finanzkrise kam, und was jetzt zu tun ist, Berlin 2009.

Ganz im Gegenteil stehen darin ökonomische Krisen im Vordergrund, die tatsächliche Umbrüche darstellen, anstatt sich aus Wellenbewegungen wie etwa den Kondratieff-Zyklen zu ergeben.⁷ Die Annäherung an diese Phänomene beginnt mit einem Abschnitt über „Moderne Krisen des europäischen Kapitalismus“ und folgt damit nur innerhalb der einzelnen Kapitel einer chronologischen Reihung. Wie in den anderen drei Teilen sind hier Fallstudien versammelt, die keinen enzyklopädischen Anspruch erheben, sondern lokale Erscheinungen innerhalb eines globalen Kontextes untersuchen. Die Gründerkrise oder auch Große Depression wird deshalb von *Klemens Kaps* am Beispiel von Österreich-Ungarns Kronland Galizien für die Jahre 1873 bis 1896 betrachtet.⁸ Die Auswirkungen dieses Umbruchs hält er für strukturell bedingt und nicht konjunkturell begründet. So fand entgegen der reichsweiten Trends während des Niedergangs im Nordosten der Doppelmonarchie ein Aufschwung statt, aber in den darauf folgenden besseren Jahren fiel die Region wieder gegenüber dem Rest des Habsburgerreichs zurück. Eine proto-keynesianische Infrastruktur- und Investitionspolitik begünstigte dabei die entwickelteren Teile Österreich-Ungarns, die sich neue Märkte erschließen konnten – darunter nicht zuletzt Galizien –, wo wiederum das Handwerk seine Konkurrenzfähigkeit verlor. Das Aufkommen einer modernen Fabrikindustrie vermochte diese Verdrängung traditioneller heim- und kleingewerblicher Erzeugung nicht wettzumachen. Weitere Massenabwanderung resultierte daraus, Galizien litt entgegen allgemeiner Trends.

Die Folgen der Weltwirtschaftskrise⁹ 1929 behandelt der Aufsatz von *Claus-Christian W. Szejnmann*, der sie als zentral für den Aufstieg der Nationalsozialisten ansieht. Demnach zielte die nationalsozialistische Weltanschauung im Kern auf eine radikale Neuordnung der Wirtschaft ab, weshalb dieser ein zentraler Stellenwert in der Parteipropaganda zukam. Hitler und seinen Anhängern stand damit eine überzeugende Legitimation für ihren Kampf gegen das kapitalistische System der freien Marktwirtschaft zur Verfügung, wie die Analyse dieser Rhetorik und

⁷ NIKOLAI KONDRATIEFF, Die langen Wellen der Konjunktur, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 56 (1926), S. 573-609.

⁸ Für eine breitere Perspektive etwa: HANS ROSENBERG, Große Depression und Bismarckzeit. Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa, Frankfurt a. M. 1976.

⁹ JOHN KENNETH GALBRAITH, Der große Crash 1929. Ursachen, Verlauf, Folgen, München 2009; HAROLD JAMES, Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1924-1936, Stuttgart 1988. Zuletzt als Überblick: FLORIAN PRESSLER, Die erste Weltwirtschaftskrise. Eine kleine Geschichte der großen Depression, München 2013.

ihrer Inhalte zeigt. Die Wahlsiege gelangen der NSDAP auch deswegen, weil sie als Antwort auf die Krise Staatsdirigismus, eine „nationale Wirtschaft“ – die dem Gemeinwohl diene und „judenfrei“ sei –, sowie eine Politik der Autarkie und Expansion versprach. In einem Umfeld, in dem die Schattenseiten des Kapitalismus klar wie selten zu Tage traten, schienen allgemein Umbildungen unumgänglich. Die Nationalsozialisten erfassten den Zeitgeist und präsentierten eine ernstzunehmende Alternative zu anderen Vorschlägen, die entweder – wie etwa bei den Kommunisten – zu radikal, oder – wie bei den Sozialdemokraten – zu moderat erschienen. In einer weiten Kontextualisierung vergleicht Szejnmann das Szenario vor 85 Jahren mit der heutigen Krisenrhetorik und -diagnostik und kann dadurch weitere Spezifika herausarbeiten: Nicht zuletzt herrschte damals das Verlangen nach einem Systemwechsel vor, während heutzutage der Kapitalismus trotz lautstarker Kritik zwar reformbedürftig,¹⁰ aber zugleich alternativlos erscheint. Auch deshalb sind Gleichsetzungen von 1929 und 2008 mit großer Skepsis zu betrachten, da heutzutage mehr denn je ökonomisch-technische Ansätze dominieren und geistig-moralische Maßstäbe und Deutungen kaum gefragt sind. Es wird sich zeigen, ob aus dieser „Orientierungslosigkeit“ auch auf eine weniger gravierende Krise geschlossen werden kann.

Diachrone Vergleiche zwischen damals und heute können dennoch hoch instruktiv sein, wie Harald Flohr und *Christian Lekon* anhand ihrer Texte demonstrieren. Lekon blickt dafür auf Zypern in der Gegenwart und 1931, als dort die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise von 1929 am stärksten zu spüren waren. In der damaligen britischen Kolonie kam es zu wütenden Protesten, weil auf der vorwiegend agrarisch geprägten Insel viele Bauern unter Überschuldung litten und zugleich von einem dramatischen Preisverfall getroffen wurden. Die Reaktionen darauf waren vergleichsweise simpel – und effektiv: Genossenschaften halfen bei der Vermarktung der Ernte, während zugleich ein modernes Bankwesen die Wucherer und Kredithaie verdrängte. Die Situation in der Landwirtschaft blieb jedoch problematisch, weil Protektionismus und Währungspolitik den Export weiterhin erschwerten; der Aufstieg der jungen Bergbauindustrie kompensierte den Niedergang nur teilweise. Wesentlich gravierender noch waren die politischen Veränderungen, denn nach den gewaltsa-

¹⁰ Vgl. zuletzt etwa den Weltbestseller von THOMAS PIKETTY, *Das Kapital im 21. Jahrhundert*, München 2014, sowie zur Diskussion darüber: STEPHAN KAUFMANN / INGO STÜTZLE, *Kapitalismus. Die ersten 200 Jahre. Thomas Pikettys „Das Kapital im 21. Jahrhundert“: Einführung, Debatte, Kritik*, Berlin 2014.

Protesten setzten die Kolonialherren auf autokratischere Herrschaft und unterdrückten den zypriotisch-griechischen Nationalismus, der dadurch an Momentum gewann. 2010 flamme erneut Widerstand auf, diesmal gegen die EU, die als eine Art Kolonialmacht mit unerfreulicher Politik wahrgenommen wurde. Aber das Land ist trotz großer Überschuldung heute ein souveräner Nationalstaat, gesellschaftlich weitaus moderner und viel stärker in die globalen Finanzströme eingebunden – was Vor- und Nachteile bietet, aber die Parallelen zu 1931 beschränkt.

Für die tatsächlichen wie wahrgenommenen Kolonisatoren stellten sich die Krisen – wie jede Art von Problemen in den Kolonien – in der Tat vorwiegend als ökonomische Fragen dar. Sie erforderten wirtschaftliche Anstrengungen und Zugeständnisse und wurden zugleich auch nur deshalb überhaupt als Krisen wahrgenommen, weil die eigene Prosperität bedroht war. Im damaligen England wie in der heutigen EU schien und scheint vor allem wichtig zu sein, welche Zusatzkosten die Nichtbeachtung nach sich zieht, wie sich die Lasten verteilen und wer davon profitiert. Deshalb führten die Kolonalkrisen – im Unterschied zu denen zwischen Imperien – nicht zu Kriegen, sondern lediglich zu „Auseinandersetzungen“, die sich mit Geld lösen ließen. Dass darüber hinaus Prestige und Legitimation verlorengingen, erscheint weniger wichtig, zumal die Folgen für die Bevölkerung „daheim“ gering blieben – so globalisiert war und ist die Welt dann doch nicht.

Zeitlich noch weiter voneinander entfernt als in Zypern sind die zwei Untersuchungsgegenstände von *Harald Flohr* – und wie bei Lekon kommen erneut die Briten und die EU in Spiel: die große irische Hungerkrise von 1845 bis 1849 und die dortigen Entwicklungen nach 2008. Dabei geht es vor allem um die tieferen sozialen und kulturellen Auswirkungen, die am Beispiel der Emigration in einer Krise sowie dem Umgang mit der irischen Sprache als vermeintlich kulturtragendem Element untersucht werden. Das historische Geschehen weist zahlreiche Unterschiede auf, aber in der Reaktion der Iren zeigen sich gewisse Kontinuitäten oder zumindest Tendenzen: zum einen die schnell entschlossene Auswanderung, selbst wenn diese im 21. Jahrhundert ein geringeres Ausmaß hat als vor 160 Jahren; zum anderen belegt Flohr, wie sehr das Irische nach der „great famine“ unter dem damaligen Rückzug beziehungsweise der Anglisierung der Oberschicht litt. Die literarische Produktion schwand ebenso wie das Prestige der Sprache, wohingegen Englisch zugleich als vielversprechend im Sinne einer Modernisierung galt – an der Muttersprache hielten nur vorgeblich rückständige „Hinterwäldler“ fest. Bezeichnenderweise verband sich mit dem ökonomischen Aufstieg im letzten

Viertel des 20. Jahrhunderts auch ein Aufschwung des Irischen, während nach 2008 erneut eine „Internationalisierung“ stattfand, selbst wenn sich deren Folgen noch nicht abschließend beurteilen lassen.

Krisen „alten“ Typs in städtischen Gesellschaften und ihre Wahrnehmungen

Der Hunger in Irland nach 1845 gehörte zu den letzten „klassischen“ Subsistenzkrisen alten Typs – zumindest in Europa. Bis in diese Zeit litten ländliche Gebiete ebenso wie Städte häufig unter wiederkehrenden Hungersnöten, die gewissermaßen die Konjunkturzyklen der Vormoderne repräsentierten. Das zeigt der Beitrag von *Ansgar Schanbacher* über die Teuerungs- und Nahrungskrise zwischen 1844 und 1847 in der Provinz Preußen. Der Autor legt dar, wie sie ihre Dramatik durch schwache Getreideernte und mehrere schlechte Kartoffelernten erhielt. Die Getreideexporte nach West- und Mitteleuropa verringerten noch zusätzlich den Nahrungsspielraum. Staatliche Unterstützungsmaßnahmen hingen grundsätzlich von den Wahrnehmungen örtlicher und entsandter Beamter ab und wurden überwiegend als unzureichend eingeschätzt. Die Reaktionen der betroffenen Bevölkerungsgruppen gipfelten schließlich in Kriminalität, gewalttätigen Ausschreitungen und Auswanderung. Als Folge des Mangels nahm die Sterberate von 1846 bis 1849 gegenüber den Vorjahren deutlich zu. Ungeachtet ihrer Intensität verursachte die Nahrungskrise von 1846/47 allerdings keine strukturellen Umbrüche in Politik, Wirtschaft und dem sozialen Gefüge der Provinz Preußen.

Wie charakterisierten sich aber die Wendepunkte in vormodernen Gesellschaften? In zwei Kapiteln wird diese Frage thematisiert. Es liegt auf der Hand, dass nicht nur Ernteausfälle, sondern auch Epidemien und Kriege ein hochgradiges Krisenpotential besaßen. Dabei stellte der „Schwarze Tod“ – vermutlich identisch mit der Pestkrankheit – Mitte des 14. Jahrhunderts die „Urkatastrophe“ schlechthin dar. Die Pandemie hat in einigen Regionen Europas etwa ein Drittel der Bevölkerung dahingerafft und damit nicht nur demografische, ökonomische oder gesellschaftliche, sondern auch kulturell-mentale Transformationen bewirkt: Das bis dahin verbreitete Welt- und Menschenbild wurde tief erschüttert.¹¹

¹¹ Klassisch hierzu: DAVID HERLIHY, The Black Death and the Transformation of the West, Cambridge (Mass.) 1997; KARL GEORG ZINN, Kanonen und Pest. Über die Ursprünge der Neuzeit im 14. und 15. Jahrhundert, Opladen 1989; in eurasischer Perspektive

Eine der Folgen in Mittelnordeuropa schildert *Ulla Kypta* am Beispiel der Hanse. Sie weist darauf hin, dass in Krisenzeiten der Kaufleutebund eine engere Zusammenarbeit bevorzugte, weil Absicherung und Risikominimierung im Abschwung höher eingeschätzt wurden als der durch die Aufgabe unternehmerischer Freiheit verursachte Verlust. So bildete sich die Hanse als Organisation mit Hansetagen und Kontoren heraus – erst die Entstehung einer Gruppenidentität sowie die Abschottung nach außen verwandelten den Zusammenschluss in eine Organisation. Im beginnenden Aufschwung des 16. Jahrhunderts wurde diese in eine Institution mit lockereren Regeln transformiert, weil der Handel innerhalb eines solchen Rahmens den Kaufleuten lohnender erschien und sie der Abgrenzung gegenüber den Konkurrenten weniger Wichtigkeit zuwiesen. Folglich nahmen die Hansen unternehmerisches Risiko wieder eher als Chance denn als Gefahr wahr.

Freilich: Dass in Zeiten ökonomischer Erschütterungen bisweilen auch kulturelle Blüten festzustellen sind, ja beide Narrative in der Geschichtsschreibung miteinander konkurrieren können, zeigt *Katrin Moeller* am Beispiel der Stadt Halle im „langen“ 18. Jahrhundert. Sie stellt die Frage, was eigentlich beide Entwicklungen – Aufklärung und Pietismus versus wirtschaftlichen Verfall – miteinander verbindet und ob Wechselwirkungen beider Strukturen auffindbar sind. Exemplarisch betrachtet Moeller anhand kohortenspezifischer Lebensverläufe bestimmte serielle „Brüche“ in Erwerbsbiografien. Die Generationszusammenhänge werden dabei in den Kontext krisenhafter Ereignisse eingeordnet: der Pestepidemie von 1682, der Teuerungskrise von 1751/1755 und der Teuerungskrise von 1805, die mit Hungertumulten sowie der napoleonischen Besetzung einherging. Letztendlich waren es weder die Teuerungskrisen noch die Epidemien, die zu Zäsuren und erwerbsspezifischen Brüchen führten. Von zentraler Bedeutung erscheint hingegen vor allem der Krieg. Grundsätzlich erfasst Moeller die Beziehungen zwischen Sterblichkeitsrisiko, Naturkatastrophen und Teuerungskrisen zeitlich und kausal mehrdimensional und weist darauf hin, dass die Krisen Prozesse gesellschaftlicher Modernisierung verdichteten, indem sie zu Verhaltensänderungen zwangen, die dann häufig über den kritischen Zeitpunkt hinaus beibehalten wurden.

Wie durch politische Entscheidungen verursachte Turbulenzen ökonomische Strukturen beeinflussen konnten, zeigt *Werner Scheltjens*. Die

Teilungen des polnisch-litauisch-ruthenischen Staatsverbandes zwischen 1772 und 1795 trugen zu einer Verschiebung der kommerziellen Koordinaten im Ostseehandel bei, indem die traditionellen Häfen Danzig und Königsberg von ihrem Hinterland abgeschnitten und durch Stettin ersetzt wurden. Die Entwicklung der preußischen Getreideexporte zwischen 1752 und 1846 deutet darauf hin, dass die Berliner Politik nicht zuletzt darin bestand, die wirtschaftliche Entfaltung Polens mit prohibitiven fiskalischen Maßnahmen so stark wie möglich zu beschränken.

Dass Kriege und politische Handlungen das wirtschaftliche Leben einer Gesellschaft massiv beeinflussen und zu Hungersnöten, monetären Einbrüchen, schließlich zu Elend führen können, wurde schon zeitgenössisch erkannt und reflektiert. Der Kupferstich „Der Handel verlässt Antwerpen“ von Theodor van Thulden (1606–1669), der auf dem Umschlag des Buches abgebildet ist, thematisiert den kommerziellen Verfall der Stadt Antwerpen an der Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert. Visualisiert werden dort der Handelsgott Merkur, der die Stadt verlässt, der gefesselte Flussgott der Schelde und schließlich die Stadt selbst, die sich mit bittender Geste direkt aus dem Bild an den Statthalter wendet. In einer Seitenische – kaum zu sehen – befindet sich die hungernde Familie eines arbeitslosen Seemanns.

Fernhandels-, Tribut- und Raubgesellschaften und zerfallende Staaten, oder: die Relativität des Begriffs „Krise“

Aus den Beiträgen ergibt sich noch eine weitere historische Konstellation, die den Begriff „Krise“ im Hinblick auf die frühmittelalterlichen Staatsbildungsprozesse im östlichen Europa ein wenig relativiert und in ein neues Licht rückt. Für die entstehenden Dynastien im 10. und 11. Jahrhundert bildeten Fernhandel und Tribute ebenso wie Raub, Plünderung und Beute fiskalisch-ökonomische Grundlagen ihrer Herrschaft. Benachbarte Gesellschaften wurden überfallen, „besteuert“, Menschen als Sklaven verschleppt und in die Handelsnetze eingespeist, die sich auf der Ost-West-Achse von Zentralasien über Mitteleuropa bis Arabisch-Spanien beziehungsweise auf der Süd-Nord-West-Achse von Südrussland über die Ostseeküsten bis nach Deutschland und England erstreckten.¹²

¹² Hierzu zuletzt DARIUSZ ADAMCZYK, Silber und Macht. Fernhandel, Tribute und die piastische Herrschaftsbildung in nordosteuropäischer Perspektive (800–1100), Wiesbaden 2014.

Hier hingen Prosperität oder Misserfolg grundsätzlich von zwei Faktoren ab: den Konjunkturen auf den Fernhandelsmärkten sowie der Verfügung über jene Bevölkerungsgruppen, die man ausbeuten konnte. Das führte zu Asymmetrien im Hinblick auf die Auf- und Abschwünge, weil die gerade erfolgreich plündernde Bande Güter anzapfen konnte, die ihr eine „Hausse“ bescherten, während für die ausgeraubte der Überfall ein Desaster bedeuten konnte. In diesem Sinne war das Glück der einen Dynastie zugleich das Elend der anderen. Diese Konstellationen führten dazu, dass die damaligen Monarchien äußerst labil waren und zeitweise wie Kartenhäuser zerfielen – freilich um sich nach einigen Jahren wieder zu erholen.

Exemplarisch zeigt *Marzena Matla* dieses Entwicklungsmuster am Beispiel der Přemysliden im 10. und in der ersten Hälfte des 11. Jahrhunderts. Sie weist darauf hin, dass Böhmen genauso wie die benachbarten Monarchien einem Zyklus von Auf- und Abschwüngen unterlag, der in der Logik der unzureichend ausgebildeten administrativen und wirtschaftlichen Strukturen des „Staates“ begründet war. Der Zeit der Konsolidierung folgte eine breite Expansion nach außen, die dann zu einem bestimmten Zeitpunkt wegen der Existenz einer größeren Konkurrenz in der Region gebremst und schließlich ganz gestoppt wurde. Erst unter der Herrschaft Bretislavs (1035–1055) kam es zu einer gewissen „Endogenisierung“ der Herrschaft – also zu einer stärkeren Erschließung innerer Ressourcen. Diesen Prozess spiegeln sowohl der intensive Ausbau der Burgwallorganisation als auch die Festigung der Kirchenorganisation und die quantitative Erweiterung der Münzmission wider.

Ähnliche Raubgesellschaften entstanden an den Peripherien Europas in der Frühen Neuzeit, wie *Andrzej Gliwa* ausführt. Im südöstlichen Grenzgebiet der Adelsrepublik wiederholten sich die Beutezüge der Tataren beinahe Jahr für Jahr. Die verschleppten Menschen wurden dann auf Sklavenmärkten des Osmanischen Reiches verkauft. Während diese Plünderungszüge für die Khanate – vor allem auf der Krim – eine einträgliche Einnahmequelle darstellten, trugen sie in den betroffenen Regionen zu massiven demographischen und materiellen Verlusten bei. Chronologische Parallelen zu den Sklavenjagden der sogenannten Barbareskenstaaten im westlichen Mittelmeerraum und der atlantischen Händler in West- und Zentralafrika ergeben sich hier von allein.¹³

¹³ ROBERT C. DAVIS, Christian Slaves, Muslim Masters. White Slavery in the Mediterranean, the Barbary Coast, and Italy, 1500–1800, Hounds mills 2004; einige Vergleiche mit dem atlantischen Dreieckshandel in DARIUSZ KOŁODZIEJCZYK, Slave Hunting and Slave

Den Zusammenhang zwischen Krisen und Kriegsökonomien behandelt auch *Jadwiga Muszyńska*. Die „Sintflut“, wie der Nordische Krieg von 1655 bis 1660 in Polen bezeichnet wird, hat gravierende materielle und demographische Verluste in mehreren Provinzen der Adelsrepublik verursacht. Dass das Ausmaß dieser Zerstörungen allerdings mitunter von zeitgenössischen Historikern übertrieben wird, beweist die Auswertung der Güterinventare der Krakauer Bischöfe. Die Autorin stellt sie den in der bisherigen Forschung herangezogenen Lustrationen der Krongüter gegenüber. Am Rande zeigt sich zudem, dass die von den Tataren verursachten Verwüstungen jene der schwedischen und siebenbürgischen Truppen weit übertrafen.

Der Kommunismus in der Krise

Im letzten Kapitel beleuchten drei Beiträge den Untergang des Monopolsocialismus in Osteuropa, der im Zeichen einer langen strukturellen Krise der Weltwirtschaft stattfand. Symbolhaft standen dafür drei Ereignisse: Die Aufgabe der Dollarbindung an den Goldstandard und somit auch des Bretton-Woods-Systems von 1944, die dramatische Verteuerung der Ölpreise und die amerikanische Niederlage in Vietnam.¹⁴ Jenseits des Eisernen Vorhangs fielen diese Ereignisse mit dem wirtschaftlichen Dilettantismus der kommunistischen Parteien zusammen und trugen zugleich zum Kollaps des dortigen Systems bei. Die Folgen des Niedergangs schon vor 1989 zeigt *Joanna Wiesler* exemplarisch anhand der Arbeit der polnischen Gesellschaft der Kinderfreunde (*Towarzystwo Przyjaciół Dzieci*), die sich um Kinder aus sozial schwachen Familien kümmerte. Angesichts der ökonomischen Schwierigkeiten des Landes musste die Gesellschaft in den 1980ern immer umfassendere Fürsorgepflichten übernehmen. Auf diese Herausforderung reagierten ihre Mitarbeiter mit einem weniger ideologisch aufgeladenen Erziehungsideal, was ihr gesteigertes Vertrauen der Bevölkerung einbrachte; zugleich wurde der Einfluss des Staates gerin-

Redemption as a Business Enterprise. The Northern Black Sea Region in the Sixteenth to Seventeenth Centuries, in: Oriento Moderno 86 (2006), S. 149-159.

¹⁴ BERRY EICHENGREEN, Vom Goldstandard zum Euro. Die Geschichte des internationalen Währungssystems, Berlin 2000. JENS HOHENSEE, Der erste Ölpreisschock 1973/74. Die politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen der arabischen Erdölpolitik auf die Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa, Stuttgart 1996; die Reaktionen darauf schildert TIM SCHANETZKY, Die große Ernüchterung. Wirtschaftspolitik, Expertise und Gesellschaft in der Bundesrepublik 1966-1982, Berlin 2007.

ger, was größere Selbständigkeit erlaubte. So steht die Gesellschaft der Kinderfreunde für die beginnende Emanzipation vom Staatssozialismus und für wiedererwachenden Bürgergeist, ohne gleich eine Revolution vorauszusetzen; der Beitrag schildert also ein Reaktionsmuster halbstaatlichen sozialen Engagements.

Eine andere Perspektive nimmt *Patryk Pleskot* ein, der die außenpolitischen Verhandlungen der Volksrepublik Polen insbesondere mit den USA in den 1980er Jahren untersucht, in denen es um wirtschaftliche Unterstützung angesichts des ökonomischen Niedergangs ging. Pleskot sieht die Gründe für den Systemwandel in Polen aber eher in diesem Kollaps denn der politischen Bankrotterklärung, gerade weil die beginnende Demokratisierung schon in den 1980er Jahren mit einer immer größeren wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Westen einherging. Der Systemwandel ist in dieser Hinsicht eine Art perverser Triumph des Marxismus: In dieser Ideologie erzwingen schlechte wirtschaftliche Verhältnisse im Kapitalismus den politischen Umsturz – aber diesmal wurden Herrschaftssysteme beseitigt, die sich als kommunistisch bezeichneten.

Andrea Komlosy schließlich ordnet diesen Untergang des Kommunismus 1989 in einen breiten zeitlichen und geographischen Kontext ein und setzt den Beginn ihrer Untersuchung bereits an den Anfang der 1970er Jahre. 1973/74 schuf die Weltwirtschaftskrise Herausforderungen, denen sich auch der Ostblock langfristig nicht entziehen konnte, da sich die Planwirtschaft nicht mehr mit den Vorstellungen einer Konsumgesellschaft in Übereinstimmung bringen ließ. Der Übergang zur Marktwirtschaft in Ostmitteleuropa erwies sich jedoch als viel einschneidender als beispielsweise die Krise von 2009 – sowohl in absoluten als auch in prozentualen Zahlen. In Polen, dem Leszek Balcerowicz in der ersten demokratisch gewählten Regierung eine „Schocktherapie“ verordnet hatte, brach 1990 die Wirtschaft um 24 Prozent ein. Die dramatischen Folgen erbrachten mehrere Lehren, auf die Philipp Ther unlängst hingewiesen hat: Zum einen ließen sich Dauer und Tiefe der nun einsetzenden Krise nicht steuern. Zum anderen stellte sich die Gesellschaft gegen die Auflösung des Sozialstaates und sorgte bei den nächsten Wahl für einen Regierungswechsel hin zu den Postkommunisten; neoliberalen Marktreformen, die den Einfluss des Staates zurückführen sollten, erforderten letztlich einen starken Staat, der sie überhaupt erst durchsetzte.¹⁵ Komlosys Analyse dieser Sachverhalte geht weit über nationale Grenzen hinaus und trägt

¹⁵ PHILIPP THER, Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa, Berlin 2014, S. 90-93.

damit überregionalen und globalen Verflechtungen Rechnung. In vielerlei Hinsicht sind heutzutage etwa Gegensätze zwischen Stadt und Land grenzüberschreitende – und damit verbindende – Phänomene.

Die letztere Erkenntnis gilt jedoch nicht nur für die Zeitgeschichte, sondern ist – wie andere Aufsätze in diesem Band zeigen – durchaus schon früher gültig. Wirtschaftskrisen sollten deshalb auch als grenzüberschreitende, transnationale Ereignisse betrachtet und sowohl synchron als auch diachron verglichen und breit kontextualisiert werden, insbesondere außerhalb kurzfristiger ökonomischer Folgen. Die hier vorliegenden Texte wollen dazu anregen und einen Beitrag zur Versachlichung und Differenzierung einer oftmals emotionalen Debatte leisten.

* * *

Dieses Buch geht auf eine Konferenz des Deutschen Historischen Instituts Warschau mit dem Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien zurück, die Anfang 2014 in Warschau stattfand. In der anregenden Atmosphäre des *Pałac Karnickich* kam damit zum ersten Mal eine Tagung zustande, die chronologisch fast ein ganzes Jahrtausend umspannend Phänomene zwischen Mittelalter und Gegenwart untersuchte, und bei der sich Historikerinnen und Historiker aus Deutschland und Polen, Österreich, Zypern und Großbritannien über Wirtschaftskrisen austauschten. Doch bis zu diesem Buch war es ein weiter Weg, den viele Menschen unterstützt haben – und denen wir unseren herzlichen Dank aussprechen möchten: Die ursprüngliche Idee der beiden Herausgeber, gemeinsame Interessen epochenübergreifend zu betrachten, traf am DHI auf die Unterstützung des damaligen Direktors Eduard Mühle und seiner Stellvertreterin Ruth Leiserowitz. Mit Andrea Komlosy aus Wien konnte dann eine kompetente Mitorganisatorin gewonnen werden. Zu einem späteren Zeitpunkt nahm der neue Direktor, Miloš Řezník, den inzwischen vorliegenden Sammelband in die „Einzelveröffentlichungen“ des Instituts auf. Małgorzata Sparenberg hat die redaktionellen Arbeiten geleistet und unermüdlich Fußnoten formatiert. Zuletzt gilt der Dank den Autorinnen und Autoren, die pünktlich abgegeben haben und bereit waren, ihre Texte dann mit uns weiter bis zur Endfassung zu diskutieren.